

<b>„Werkstatt der Demokratie“ – Ein Vorwort</b>	15
<b>Provisorium ohne Pathos – Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland</b>	18
Besiegte und besetzt	18
Von der Bizone zum westdeutschen Teilstaat	19
Verfassungsschöpfung unter Besatzungsmacht	21
Die Grundgesetzbestimmungen zum Bundestag	23
Provisorischer Regierungssitz Bonn	24
Das Wahlrecht	25
<b>1. Wahlperiode (1949–1953)</b>	
<b>Neustart zwischen Tradition und Moderne</b>	26
Der Bonner Plenarsaal	26
Fraktionen und Fraktionswechsel	28
Die Berliner Abgeordneten	29
Parlamentarische Erfahrung und personelle Kontinuität	30
Nationalsozialisten im Bundestag	31
Bundestagspräsident Erich Köhler	33
Bundespräsident Theodor Heuss	33
Adenauers Fraktion, Regierung und Parlament	34
Ungewissheiten im gespaltenen Deutschland	36
Die Ausschussarbeit	37
Untersuchungsausschüsse	38
Abstimmungsverhalten	39
Hammelsprung und elektronische Abstimmungsanlage	40
Schumachers Zwischenruf „Der Bundeskanzler der Alliierten“	41
Köhlers Scheitern	42
Hermann Ehlers – Pflicht und Dienst für das Volk	42
Regierung und Opposition	43
Europäische Integration im Schatten parteipolitischer Auseinandersetzungen	44
Staatsaufbau	46
Wirtschaftswunder und soziale Marktwirtschaft	48
Der Arbeiteraufstand in der SBZ	49
Ein Nationalfeiertag für die Bundesrepublik: Der 17. Juni 1953	49
Bilanz	50

<b>2. Wahlperiode (1953–1957)</b>	
<b>„Bonn ist nicht Weimar“</b>	53
Die „Fette Henne“ – Symbol für gute Politik und Wirtschaftswunder	53
Neues Wahlgesetz für die Wahl zum Zweiten Bundesstag	54
Konstituierung	55
Regierung und Opposition	56
Eugen Gerstenmaier	58
Frack und Cut im Bundestag	59
Deutschlands Rückkehr auf die diplomatische Weltbühne	60
Adenauers Moskau-Besuch	62
Bundesversammlung und Bundestag in Berlin	65
Das Saarland als 10. Land der Bundesrepublik	67
Die Wehrverfassung und der Wehrbeauftragte des Bundestages	67
Volkstaufstand in Ungarn	69
Die Debatte zur Errichtung der EWG	70
Bonn und Weimar	70
<b>3. Wahlperiode (1957–1961)</b>	
<b>Es gibt nur eine Volkspartei</b>	72
Absolute Mehrheit für die CDU	72
Außenpolitische Debatten	73
Die 3. Bundesversammlung und ein Staatsakt zum 10-jährigen Bestehen der Bundesrepublik	76
Auflösung der DP-Fraktion	77
Die SPD will Volkspartei werden: Das Godesberger Programm 1959	78
Sondersitzung zum Mauerbau	79
<b>4. Wahlperiode (1961–1965)</b>	
<b>Das erste Drei-Fraktionen-Parlament</b>	82
Modernisierung des Wahlkampfes durch die SPD	82
Konstituierung und Regierungsbildung	82
Die Spiegelaffäre	84
Der Élysée-Vertrag	86
Das Ende einer Ära: Adenauer tritt zurück	87
4. Bundesversammlung	90
Rederecht für den Wehrbeauftragten	90
Ende der Bundestagspräsenz in Berlin	91
Bilanz der 4. Wahlperiode	92

<b>5. Wahlperiode (1965–1969)</b>	
<b>Parlamentsreform und Notstandsgesetzgebung in der</b>	
<b>Großen Koalition</b>	95
Konstituierung	95
Die Kanzlerschaft Erhards	96
Kurt Georg Kiesinger	98
Die Ohrfeige	99
Zur Arbeit der Großen Koalition	99
Bundestagsbauten	101
Gerstenmaier geht und von Hassel setzt sein Werk fort	102
Notwendige Parlamentsreformen in politisch unruhigen Zeiten	103
Die 5. Bundesversammlung: mit Mühe und Not in Berlin	105
Keine Verjährung für nationalsozialistische Verbrechen	106
<b>6. Wahlperiode (1969–1972)</b>	
<b>Politikwechsel im Fokus der Staatssicherheit der DDR?</b>	108
Konstituierung	108
SPD wird Regierungspartei	109
„Herr Frahm“ wird Bundeskanzler	109
Politikwechsel	110
Bilaterale Begegnungen und große Gesten	111
Reform der Bundestagsverwaltung	113
Die elektronische Abstimmungsanlage: Eine unendliche Geschichte	114
Die Stasi und das Misstrauensvotum vom 27. April 1972	115
Die Vertrauensfrage und die Auflösung des Bundestages	117
<b>7. Wahlperiode (1972–1976)</b>	
<b>Die SPD ist stärkste politische Kraft</b>	120
Konstituierung	120
Annemarie Renger wird Parlamentspräsidentin	121
Besonderheiten und Akzente der 7. Wahlperiode	122
Der Rücktritt von Bundeskanzler Brandt	124
Bundeskanzler Helmut Schmidt	125
Die Kanzlerschaft eines Bürgerlichen	126
Die 6. Bundesversammlung	127
Reichstagsgebäude	127
Zentrale Debatten	128
Beitritt zur UNO	129
Terrorismus	129
Bilanz	130
Die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU in Wildbad Kreuth	130

<b>8. Wahlperiode (1976–1980)</b>	
<b>Politik zwischen Humor, Intellektualität und Terrorismus</b>	132
Konstituierung	132
Karl Carstens	133
Für lebhaftere Debatten und gegen die Gesetzesflut	134
Baumaßnahmen	135
Die neue Geschäftsordnung	136
Der Deutsche Herbst 1977	137
Breschnew – der „Staatsbesucher“	139
Die 7. Bundesversammlung	140
Richard Stücklen: Auf Socken in den Bundestag	140
Die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus	142
Bilanz des 8. Bundestages	143
Das Phantom Jakob Maria Mierscheid	143
<b>9. Wahlperiode (1980–1983)</b>	
<b>Das Ende der sozialliberalen Koalition</b>	145
Konstituierung des letzten „Drei-Fraktionen-Parlaments“	145
Schmidts letzten Amtsjahre als Bundeskanzler	146
Themen und Debatten	147
Die SPD-Fraktion verlangt Solidarität	147
Besuche und Gespräche	148
Der erste Sozialdemokrat ...?	149
Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979	149
Konstruktives Misstrauensvotum	151
Personelle Veränderungen	152
Parlamentsauflösung	153
<b>10. Wahlperiode (1983–1987)</b>	
<b>Die APO zieht in den Bundestag</b>	155
Die Grünen kommen in den Bundestag	155
Reiner Barzel – Bundestagspräsident mit der kürzesten Amtszeit	156
Selbstverständnisdebatte	157
Barzels Rücktritt	159
„..., mit Verlaub!“	159
Philipp Jenninger wird Parlamentspräsident	161
Bundeskanzler Kohl	162
Parteienfinanzierung – eine Initiative des Bundespräsidenten	162
Ein imperatives Mandat für die Abgeordneten der Grünen?	163
Moralisierung als politisches Geschäftsmodell	166
Der Fall Kießling	166
„Die große Rede“ am 8. Mai 1985	167

Namentliche Abstimmungen versus Hammelsprung – ein Paradigmenwechsel	168
Im Wasserwerk	170
<b>11. Wahlperiode (1987–1990)</b>	
<b>Zwischen Vergangenheit und Zukunft</b>	171
Konstituierung	171
Adenauers Plenarsaal wird abgerissen	172
Die Barschel-, Pfeiffer-, Engholm- und Schubladen-Affäre	173
Eine missverständlich vorgetragene Rede und der Rücktritt von Bundestagspräsident Jenninger	174
Rita Süßmuth	176
Das Wüppesahl-Urteil vom 13. Juni 1989	178
Kontinuitäten und Umbrüche	179
Der 9. November 1989	180
Auf dem Weg zur Wiedervereinigung	181
Die deutsche Einigung am 3. Oktober 1990	183
Rückblick	185
<b>12. Wahlperiode (1990–1994)</b>	
<b>Kontinuität und Neubeginn in der real gewordenen deutschen Einheit</b>	187
Konstituierung und Regierungsbildung	187
Der Bundestag in einer deutsch-deutschen Transformationsgesellschaft	189
Der Zwei-plus-Vier-Vertrag tritt in Kraft	191
Der Vertrag von Maastricht	191
Grundgesetzänderungen	192
Die Parlamentsarmee	193
Die 10. Bundesversammlung – Roman Herzog wird Bundespräsident	195
Berlin wird Sitz von Bundestag und Bundesregierung	195
Das sogenannte Bonn/Berlin-Gesetz vom 10. März 1994	198
Vom Wasserwerk in den Behnisch-Bau	199
<b>13. Wahlperiode (1994–1998)</b>	
<b>Die Wahlperiode im Behnisch-Bau</b>	200
Zusammensetzung des 13. Bundestages	200
Überhangmandate	200
Stefan Heym – ein Kommunist als Alterspräsident	201
Jede Fraktion ist im Bundestagspräsidium vertreten	202
Günter Behnisch: Bauen für die Demokratie	203
Das „verhüllte“ Reichstagsgebäude 1995	204

Holocaust-Gedenktag	206
Auslandseinsätze der Bundeswehr	207
Gescheiterte und erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Regierungskoalition	208
Der „große Lauschangriff“.	208
Kohl und Süßmuth werden abgewählt	209
<b>14. Wahlperiode (1998–2002)</b>	
<b>Eine rot-grüne „Berliner Republik“</b>	211
Die Konstituierung	211
Wolfgang Thierse – der erste „Ossi“ als Bundestagspräsident	212
Alte Ziele und neue Herausforderungen	213
Staatsangehörigkeit und Zuwanderung	215
Die Fertigstellung der Berliner Parlamentsgebäude.	216
Bundestagsbeschlüsse unter Aufhebung der Fraktionsdisziplin	219
Die 11. Bundesversammlung – Johannes Rau wird Bundespräsident	221
Der Untersuchungsausschuss „Parteispenden“	222
Parlamentsfernsehen und Internetseite <a href="http://www.bundestag.de">www.bundestag.de</a>	222
<b>15. Wahlperiode (2002–2005)</b>	
<b>Die unpopuläre Agenda 2010, die gescheiterte Föderalismusreformen und ukrainische Zwangsprostituierte</b>	225
Die Konstituierung	225
Thierse – ein parteiischer Präsident?	226
Der 1. Untersuchungsausschuss „Lügенаusschuss“	227
Die 12. Bundesversammlung – Horst Köhler wird Bundespräsident	228
Der 2. Untersuchungsausschuss Schleuser/Visa	228
Die Föderalismuskommission (I)	230
Agenda 2010	231
Schlagzeilen und zentrale Beratungsthemen	232
Das Ende des rot-grünen Zwischenspiels	234
<b>16. Wahlperiode (2005–2009)</b>	
<b>Grundgesetzreformen, Konjunkturpakete historischen Ausmaßes und langandauernde Debatten in Zeiten der „Großen Koalition“</b>	235
Konstituierung	235
Bundestagspräsident Norbert Lammert	236
Regierungsbildung	237
Die Finanzmarktkrise 2008/2009	239
Weitere Schwerpunkte der Arbeit der 16. Wahlperiode	240
Bundespräsident Köhler verweigert die Unterschrift	241

Ausbau des Internetangebotes	242
Die Föderalismuskommission (II)	242
Die 13. Bundesversammlung – Horst Köhler wird wiedergewählt	243
Die drei Untersuchungsausschüsse	244
Das Ende der 16. Wahlperiode	245
<b>17. Wahlperiode (2009–2013)</b>	
<b>Stasi-Vergangenheit, virtuelle Debatten und Wahlrechtsreform</b>	246
Konstituierung	246
Norbert Lammert: Das Parlament kontrolliert die Regierung	247
Zu Protokoll gegebene Reden	248
Die „Mövenpick-Steuer“ der FDP 2009	249
Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss	249
Libyen	250
Die 14. Bundesversammlung – Christian Wulff wird	
Bundespräsident	250
Die Staatsschuldenkrise	251
Guttenberg unter Plagiatsverdacht und die Aussetzung der	
Wehrpflicht	253
Atomkonsens und Energiewende	254
Die „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)	254
Der „Fall“ Wulff	256
15. Bundesversammlung – Joachim Gauck wird Bundespräsident	256
Gastredner im Bundestag	257
Letzte Erfolge der Koalition	258
NS-Belastung von Parlamentariern	259
Die Stasi und der Bundestag	260
Ausgleichsmandate als Lösung für eine seit 2008 ausstehende	
Wahlrechtsreform?	261
Bundestagsdrucksachen nur noch online	262
<b>18. Wahlperiode (2013–2017)</b>	
<b>Die „kleine“ Große Koalition und das Ende der Volksparteien?</b>	263
Die Konstituierung	263
Der Hauptausschuss	265
SPD stimmt der „Großen Koalition“ zu	266
Untersuchungsausschuss NSA	267
Die Flüchtlingskrise 2015/2016	269
Zentrale Gesetze	270
Die 16. Bundesversammlung 2017	271
Die „Ehe für alle“	271
Netzwerkdurchsetzungsgesetz	272
Aus dem Sitzungsaltag	273

Untersuchungsausschuss „Kinder- und Jugendpornografie“	274
Erneuter Untersuchungsausschuss „NSU“	275
Untersuchungsausschuss „Cum/Ex“	275
Untersuchungsausschuss zum VW-Dieselskandal	276
Richterwahl	276
Lammerts Schlussansprache	277
<b>19. Wahlperiode (2017–2021)</b>	
<b>„Streit nach Regeln“ – der Bundestag in Zeiten der Corona-Pandemie</b>	278
Konstituierung	278
Der Alterspräsident	279
Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und das Bundestagpräsidium	279
Zur Entstehung der Alternative für Deutschland (AfD)	281
Die AfD im Bundestag	282
Die Bildung der vierten „Großen Koalition“	283
Der Parlamentsalltag wird lebhafter	284
Corona und der Bundestag	286
Untersuchungsausschüsse	289
Das Onlineangebot wird ausgebaut	289
Zentrale Gesetze	290
<b>20. Wahlperiode (seit 2021)</b>	
<b>Rot-gelb-grüne Zeitenwende zwischen Erosion demokratischer Werte und Russlands Krieg in der Ukraine</b>	292
Optionen nach der Bundestagswahl	292
Konstituierung	293
Das Vermächtnis des Alterspräsidenten Schäuble	295
Bärbel Bas	297
Zum Umgang mit der AfD	298
Der Hauptausschuss	299
Der Krieg Russlands gegen die Ukraine	300
Bürgerräte	302
Das Wahlgesetz von 2023	303
Wiederholung der Bundestagswahl am 11. Februar 2024 in Berlin	304
Das Ende der Fraktion DIE LINKE	305
Die 17. Bundesversammlung	305
Nachbereitung der Corona-Pandemie und Prophylaxe	305
Energiefragen	306
Verfassungsgericht	308
Zwischenbilanz nach zwei Jahren Ampelkoalition	309

<b>Literatur</b>	312
<b>Personenverzeichnis</b>	327
<b>Bildnachweis</b>	334
<b>Über den Autor</b>	335